Verordnung zum Gesetz über die Vergütung nicht versicherbarer Elementarschäden (VVE)

Gestützt auf Art. 45 der Kantonsverfassung ¹⁾

von der Regierung erlassen am 26. Oktober 2010

I. Aufsicht

Art. 1

Die Rechnungslegung der Elementarschadenkasse (Kasse) hat gemäss Rechnungslegung den von der Stiftung für Fachempfehlungen zur Rechnungslegung erlassenen Fachempfehlungen zur Rechnungslegung (Swiss GAAP FER) für Gebäudeversicherer zu erfolgen.

II. Organisation der Kasse

Art. 2

Die Verwaltungskommission der Gebäudeversicherung Graubünden übt die Funktion der Verwaltungskommission der Kasse aus. Verwaltungskommission

Art. 3

Als Geschäftsstelle wird die Direktion der Gebäudeversicherung Graubünden bezeichnet. Sie führt die Geschäfte der Kasse und des Nothilfefonds, vertritt diese nach aussen und vollzieht die Beschlüsse der übergeordneten Organe. Geschäftsstelle

Art. 4

¹ Als Schätzungsstellen amten die Kreisämter. Diese sind befugt, das Amt für Schätzungswesen beizuziehen. Schätzungsstellen

² In besonderen Fällen können im Einvernehmen mit der Geschäftsstelle andere Sachverständige beigezogen werden.

³ Vernachlässigt die Schätzungsstelle ihre Aufgabe, ist die Geschäftsstelle befugt, die Schätzung durch andere Sachverständige zu veranlassen.

Art. 5

Die Verwaltungskommission legt die Entschädigung für die Geschäftsstelle und die Kreisämter fest. Die Geschäftsstelle ist für die Festlegung Entschädigung

¹⁾ BR 110.100

der Entschädigung weiterer für die Schätzung zugezogener Stellen zuständig.

III. Entschädigungen

Art. 6

Entschädigungssatz

Der Entschädigungssatz der Kasse beträgt im Schadenfall 70 Prozent der anrechenbaren Schadensumme.

Art. 7

Minimalschaden

Schäden, die den Betrag von 300 Franken nicht erreichen, werden nicht entschädigt.

IV. Verfahren im Schadenfall

Art. 8

Schadenmeldung

¹ Die Schadenmeldungen sind an das zuständige Kreisamt zu richten.
² Schadenmeldungen, die bei Gemeindeinstanzen oder bei der Geschäftsstelle eingehen, sind umgehend an das zuständige Kreisamt weiterzuleiten.

Art. 9

Schadenschätzung

¹ Liegt ein entschädigungsberechtigter Schaden im Sinne des Gesetzes vor, haben die Kreisämter diesen umgehend zu ermitteln. Sie haben die Geschäftsstelle ohne Verzug über schwere Schadenfälle zu orientieren und ihr den Zeitpunkt der Schadensschätzung mitzuteilen.
² Die geschädigte Person ist zur Schätzung einzuladen. Sie ist berechtigt, sich vertreten zu lassen und auf ihre Kosten Sachverständige einzuladen.

Art. 10

Zustellung des Schätzungsprotokolls

Die Kreisämter haben die Schätzungsprotokolle umgehend der Geschäftsstelle zukommen zu lassen.

Art. 11

Entschädigungsverfügung

¹ Die Geschäftsstelle entscheidet, ob der Schaden entschädigungsberechtigt im Sinne des Gesetzes ist.
² Sie setzt aufgrund des Schätzungsprotokolls beziehungsweise nach Vorliegen der Abrechnung die Entschädigung fest.

Art. 12

Teil- und Vorschusszahlungen

¹ Bei grösseren Schäden kann die Kasse, entsprechend dem Fortschritt der Wiederherstellungsarbeiten, Teilzahlungen leisten.

²Aufgrund von provisorischen Beitragszusicherungen des Schweizerischen Fonds für Hilfe bei nicht versicherbaren Elementarschäden oder von Hilfswerken kann die Kasse deren Beiträge ganz oder teilweise bevorschussen.

V. Finanzierung

Art. 13

Grundeigentümer und Baurechtberechtigte haben jährlich folgende Abgaben an die Kasse zu entrichten: Abgaben an Kasse

- a) für überbaute Grundstücke ein Rappen je 1 000 Franken der Gebäudeversicherungssumme der versicherten Gebäude und gebäudeähnlichen Objekte, mindestens jedoch fünf Franken je Grundeigentümer und Standortgemeinde des Grundstückes;
- b) für nicht überbaute Grundstücke 1 Promille des Vermögenssteuerwertes, mindestens jedoch fünf Franken je Grundeigentümer und Standortgemeinde des Grundstückes.

VI. Schlussbestimmungen

Art. 14

Diese Verordnung tritt mit der Teilrevision des Gesetzes über die Vergütung nicht versicherbarer Elementarschäden vom 15. Juni 2010¹⁾ in Kraft²⁾. Inkrafttreten

¹⁾ BR 835.100

²⁾ 1. Januar 2011